



Presseschau vom 01.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

Dnr-online.ru: Die Landwirte der DVR befassen sich zu Beginn der Frühljahrsaat aktiv mit der Beschaffung von Mineraldünger und der Reparatur der landwirtschaftlichen Technik. Dies wurde heute auf einer Arbeitssitzung im Landwirtschaftsministerium der DVR mitgeteilt. „Wir sind zur Aussaatkampagne praktisch bereit. Die zukünftige Ernte befindet sich in einem zufriedenstellenden Zustand. In diesem Jahr planen wir nicht nur historisch angepflanzte Kulturen anzubauen, sondern befassen uns auch mit dem Samenaustausch von neuen, die den Landwirten zusätzliche Einkünfte und eine weitere Entwicklung garantieren“, sagte der Landwirtschaftsminister Wladimir Antonow.

Der Direktor der Abteilung für Regulierung, Koordination und Entwicklung des landwirtschaftlichen Bereichs des Ministeriums Eduard Jerschow sagte, dass die Versorgung mit eigenem Saatgut für unsere Landwirte 70% beträgt. „Die übrigen 30% Saatgut sind geplant zu kaufen, um Sorten auszutauschen und zu erneuern. Heute haben wir 7000 Tonnen Mineraldünger, das sind 2000 Tonnen mehr als 2017. Düngertieferungen werden für Februar und März erwartet“, sagte er.

Eduard Jerschow teilte auch mit, dass die Landwirte der Republik für die Frühljahrsfeldarbeiten 650 Traktoren, 644 Grubber und 559 Sämaschinen vorbereiten. „Bis jetzt sind nach operativen Informationen des Ministeriums 78% der Technik bereit“, erklärte er.

Jerschow meinte, dass es für eine erfolgreiche Durchführung der Frühljahrsaat notwendig ist, die Landwirte der Republik rechtzeitig mit Treibstoff zu versorgen. „Ich will anmerken,

dass unsere Landwirte dem Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko dankbar sind, dass es 2017 ein Programm zur Lieferung von Treibstoff mit einer Zahlungsfrist von 60 Kalendertagen gab“, sagte er.

Der Landwirtschaftsminister plant, dem Oberhaupt der DVR für 2018 eine Verlängerung dieses Programm vorzuschlagen.

„2017 haben wir für die Ernte in diesem Jahr 97.800 Hektar Winterkulturen ausgesät. Die Winterkulturen sind mit guten Ergebnissen über den Winter gekommen – 95% der Aussaaten waren in einem guten Entwicklungsstadium. Im Februar dieses Jahres werden von unseren Spezialisten, von Spezialisten der landwirtschaftlichen Betriebe Proben von der Winteraussaaten durchgeführt, was uns Informationen zur Durchführung der Frühjahrsfeldarbeiten geben wird. Die Frühjahrsaussaat ist bei uns auf einer Fläche von 121.000 Hektar geplant, mehr als die Hälfte werden frühe Getreide- und Hülsenfruchtkulturen sein. 50.000 Hektar werden mit Sonnenblumen bepflanzt, auf 8500 Hektar werden Futterpflanzen für die Viehzucht angepflanzt und auf 1200 Hektar Gemüse und Kartoffeln. Diese ganze Arbeit wird es erlauben, 2018 die prognostizierte Ernte von Weizen zu erhalten, wir werden die Ernte von Mais im Durchschnitt um 29% steigern, die Produktion von Kartoffeln und Gemüse im Freiland um 7500 Tonnen steigern“, berichtete der stellvertretende Minister Dmitij Konakow. Es ist auch eine Ausweitung der Fläche für Weintrauben und Beeren geplant.

Die erfolgreiche Arbeit der Landwirte der Republik bei der Pflanzenzucht wird auch eine stabile Arbeit in der Viehzucht erlauben. „Die Erhöhung der Milchproduktion um 16.000 Tonnen ist geplant, die Produktion von Rind- und Geflügelfleisch soll um 37% im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden, um 10% die Produktion von Eiern – es werden etwa 203 Millionen Stück produziert. Für eine stabile und erfolgreiche Arbeit zur Erreichung der geplanten Ergebnisse werden wir die Produktion und entsprechend den Verbrauch von Mischfutter um 19% steigern“, erklärte der stellvertretende Minister.

de.sputniknews.com: „Zu Propagandazwecken“? - Sacharowa scherzt über Kiews Vögelchen-Vorwürfe

Kiew wirft laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa Moskau vor, die „Gestalt des ukrainischen Vogels Gimpel zu propagandistischen Zwecken“ genutzt zu haben.

„Die Ukraine ist auf Twitter gegen Russland (ich glaube nicht, dass ich das schreibe) wegen ... Gimpel vorgegangen. Laut Kiew – der Account ist offiziell – nutzt Russland die Gestalt des ‚ukrainischen Vogels Gimpel‘ zu Propagandazwecken“, schrieb Sacharowa am Mittwoch auf Facebook.

Als Antwort habe Moskau den „ukrainischen Vogel“ mit seinem „russischen Bruder“ bekannt gemacht und seine Hoffnung geäußert, dass die Gefieder, die eine Sprache sprächen, sich problemlos verständigen und sogar treffen könnten.

„Was kommt als nächstes? Kartoffeln?“, fragte Sacharowa.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31932/49/319324912.jpg>

de.sputniknews.com: Russische Menschenrechtsverteidiger für Friedensnobelpreis nominiert
Einen Tag vor dem Ende der Nominierungsfrist am 1. Februar sind offenbar mehrere russische Menschenrechtsverteidiger für den Nobelpreis vorgeschlagen worden. Dies berichtet die norwegische Tageszeitung „Dagens Næringsliv“ am Mittwoch.

Petter Eide, Abgeordneter von der norwegischen Sozialistischen Linkspartei, gab gegenüber der Zeitung an, dass er mehrere russische Bürger für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen habe: Jelena Milaschina, Investigativ-Journalistin der russischen Zeitung „Nowaja Gaseta“, Swetlana Gannuschkina, Gründerin der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, und Olga Sadowskaja vom russischen „Komitee gegen Foltern“.

Eide soll darüber hinaus den Ex-US-Geheimdienstler und Whistleblower Edward Snowden für die Auszeichnung nominiert haben. Die Parteikollegen des norwegischen Abgeordneten sollen wiederum den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) sowie die syrische Nichtregierungsorganisation „Weißhelme“ vorgeschlagen haben.

Des Weiteren kündigte die norwegische Fortschrittspartei an, die kurdischen „Peschmerga“ zu nominieren.

Die diesjährigen Friedensnobelpreisträger werden im Oktober 2018 bekannt gegeben. Die Namen der Nominierten werden nicht veröffentlicht, jedoch sickern traditionsgemäß einige in die Presse.

Um für einen Nobelpreis in Frage zu kommen, muss man nominiert werden, wobei das Nominierungsrecht nicht jedem zusteht. Vorschläge für den Friedensnobelpreis kann unter anderem jedes Mitglied eines nationalen Parlaments oder einer Regierung sowie eines internationalen Gerichts machen. In der Regel werden einige Hunderte Menschen für diesen Preis vorgeschlagen.

Lug-info.com: Die Mitteilung über die Einnahme des Dorfes Nowoalexandrowka durch die Kiewer Truppen, die heute das Verteidigungsministerium der Ukraine mit Bezug auf das „Militär-TV“ verbreitet hat, war eine Desinformation, weil sich diese Ortschaft seit Ende der aktiven Kämpfe unter ihrer Kontrolle befindet. So kommentierte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko die von ukrainischen Massenmedien verbreitete Mitteilung.

„Heute ist auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine mit Bezug auf „Militär-TV“ eine Information erschienen, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte das Dorf Nowoalexandrowka im Popasnaja-Bezirk unter ihre Kontrolle genommen haben, das sich nach den Worten der ukrainischen Truppen in der „grauen Zone“ befand“, sagte er.

„Tatsächlich ist Nowoalexandrowka seit Ende der aktiven Kämpfe auf dem Territorium, das von der Ukraine kontrolliert wird, und in der Ortschaft selbst ist das 108.

Gebirgssturmbataillon der 10. Gebirgssturmgrade der ukrainischen Streitkräfte stationiert und es ist 1800 m von der Kontaktlinie in der Tiefe der ukrainischen Positionen“.

„Nach Angaben des Kommandos der Volksmiliz gibt es kein Vorrücken von Kräften und Mitteln der ukrainischen Streitkräfte und keine Übernahme der Kontrolle von Bezirken und Abschnitten auf dem Territorium der LVR“, stellte Marotschko fest.

Nach seinen Worten kann diese Erklärung nicht nur als Vorbereitung zu einem Angriff von Seiten der Ukraine bewertet werden, sondern als Informationsprovokation, die die Öffentlichkeit auf einen Angriff in dieser Richtung vorbereiten soll. Er lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass diese Provokation am Tag des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk erfolgte.

„Ich möchte unterstreichen, dass diese aggressiven Aussagen, die auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine veröffentlicht wurden, von der Bereitschaft zum Vorrücken über die Kontaktlinie hinaus und dem Unwillen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, zeugen. In diesem Zusammenhang wird das Kommando im Fall eines Vorrückens des Gegners adäquate Maßnahmen zur Unterbindung der Aggression der ukrainischen Streitkräfte unternehmen“, schloss er.

de.sputniknews.com: Ukraine: Chefredakteur regierungskritischer Webseite beantragt Asyl in Österreich

Der Chefredakteur des ukrainischen regierungskritischen Nachrichtenportals Strana.ua Igor Guschwa hat sich nach Österreich abgesetzt und dort Asyl beantragt. Dies teilt das Portal in einem Schreiben an Präsident Petro Poroschenko mit.

„Igor Guschwa ist nach Wien gefahren und hat bei den österreichischen Behörden gemäß dem üblichen Verfahren Asyl beantragt“, heißt es in dem Schreiben.

Das Internetportal habe in den zwei Jahren seiner Arbeit ständig eine „erhöhte Aufmerksamkeit“ seitens des Präsidenten und der Sicherheitsdienste gespürt. Dies habe den Chefredakteur dazu gezwungen, das Land zu verlassen.

Guschwa war im Juni vergangenen Jahres wegen Verdachts auf Erpressung festgenommen worden. Man warf ihm vor, Geld für die Nichtveröffentlichung kompromittierender Informationen über einen ukrainischen Politiker gefordert zu haben. Das Gericht erließ einen Haftbefehl gegen den Journalisten. Er wurde aber später gegen eine Kautionshöhe von 544.000 Griwna (umgerechnet etwa 15.700 Euro) freigelassen. Guschwa weist die Vorwürfe zurück und bezeichnet das Ganze als Provokation.

Zuvor hatte sich die Redaktion von Strana.ua an die Botschafter der G7-Länder und an die EU-Vertretung in der Ukraine mit der Bitte gewandt, das Portal vor dem hohen Druck der ukrainischen Behörden zu schützen.

Guschwa hat nach eigenen Angaben zudem jüngst Morddrohungen erhalten.

„Ganz abgesehen von den ständigen Androhungen physischer Gewalt, die ich persönlich und die Journalisten unserer Redaktion erhalten“, so Guschwa in dem am Mittwoch veröffentlichten Schreiben an seine Leser.

Die Redaktion habe sich deswegen mehrmals an die ukrainischen Justizbehörden gewandt, doch es habe keine Reaktion von ihrer Seite gegeben. „Eine letzte Morddrohung habe ich gerade am vergangenen Wochenende erhalten.“

Er verfüge außerdem über Informationen, wonach die ukrainischen Richter direkt angewiesen worden seien, ihn in allen Strafverfahren schuldig zu sprechen. „Darunter auch im völlig

fingierten Erpressungsverfahren. Da gab es die Anweisung: sieben Jahre Gefängnis.“ Auf dem ukrainischen Territorium könne er deshalb nicht mit einem gerechten Gerichtsverfahren rechnen.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Verzicht auf russisches Gas? Ex-Beamter nennt Verluste der Ukraine Die etwaigen Verluste, die Kiew durch seinen angeblichen Verzicht auf das russische Gas erlitten hat, hat jetzt der Ex-Chef des Departements für Finanzkontrolle im Verteidigungsministerium der Ukraine, Maxim Goldarb, auf seinem Facebook-Account beziffert.

Nach Goldarbs Berechnungen hat die Ukraine etwa eine Milliarde US-Dollar durch den Einkauf des russischen Gases mit einem Aufpreis bei europäischen Lieferanten verloren. Der ehemalige Beamte hat dem Präsidenten des Landes, Petro Poroschenko, Populismus vorgeworfen und dessen Äußerung über die „Befreiung aus der Gasabhängigkeit von Russland“ zitiert.

Goldarb erinnerte auch daran, dass es früher auf der Website des Gasversorgers Naftogaz einen Zähler gegeben habe, der die Anzahl der Tage angezeigt habe, die die Ukraine ohne russisches Gas ausgekommen sei.

Zuvor hatte der ukrainische Premierminister Wladimir Groisman seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die Ukraine in einigen Jahren selbst mit Gas werde versorgen können.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zweimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka und Logwinowo**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: Russland nennt wahren „Mörder“ der Initiative zur Ermittlung von Attacken in Syrien

Die USA sind es, die die Möglichkeit einer unabhängigen Ermittlung von C-Waffen-Attacken in Syrien „getötet“ haben. Somit reagierte Russlands ständige Vertretung bei der Uno auf diesbezügliche Vorwürfe von US-Diplomaten.

„Die ständige Vertretung der USA bei der Uno lässt bewusst außer Acht, dass genau sie die Letzten waren, die unsere Resolution im UN-Sicherheitsrat getötet haben“, teilten russische Diplomaten via Twitter mit. „Diese sollte die OPCW-UN-Mission (Gemeinsamer Mechanismus der OPCW und der Uno für die Ermittlung von Chemiewaffenattacken – Anm. d. Red.) wiederbeleben, erweitern und sie unabhängig, objektiv und professionell machen.“ Zuvor hatte die US-Vertretung bei der Uno erklärt, die USA würden 350.000 Dollar für die Finanzierung eines internationalen unvoreingenommenen und unabhängigen Mechanismus zur Ermittlung von Verbrechen in Syrien bereitstellen. Die US-Diplomaten rechnen nach eigenen Worten damit, dass dieser Mechanismus helfen werde, auch C-Waffen-Angriffe in Syrien zu ermitteln, denn Russland soll den bisherigen Joint Investigation Mechanism angeblich „getötet“ haben.

Zuvor hatte das russische Außenministerium die Vorwürfe „hochrangiger US-Vertreter“, wonach Moskau in die C-Waffen-Angriffe in Syrien verwickelt sein soll, als „eine massive propagandistische Attacke“ zugunsten „fraglicher Geheiminitiativen der USA und ihrer

Verbündeten“ verurteilt.

Indem die USA Moskau und Damaskus für die Chemiewaffenattacken in Syrien verantwortlich machten, versuchten sie, jene Szenarien in Syrien zu verwirklichen, welche sie im ehemaligen Jugoslawien sowie im Irak und in Libyen bereits umgesetzt hätten, hieß es aus der Behörde Ende Januar. Dabei sei die eigentliche Tatsache der Attacke „erst gar nicht bestätigt“ worden, so das russische Ministerium.

de.sputniknews.com: Plante Anschlag am Tag der russischen Präsidentenwahl: FSB tötet IS-Mitglied

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat ein Mitglied der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS; auch „Daesh“) in der Stadt Nischni Nowgorod getötet, teilte die Behörde am Donnerstag mit. Der Verbrecher soll einen Anschlag am Tag der Präsidentenwahl geplant haben. Er habe Widerstand bei der Festnahme geleistet und sei dabei vernichtet worden, erläuterte der FSB.

Dabei hätten die Geheimdienstmitarbeiter einen selbstgebastelten Sprengkörper mit hoher Leistung und Komponenten für die Fertigung weiterer Sprengkörper sowie Schusswaffen mit Munition beschlagnahmt.

Der Verbrecher sei kein russischer Staatsbürger. Zurzeit sei ein Strafverfahren eingeleitet worden, so der FSB.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 12.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 519.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 190.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: „Geringfügig“: US-Politiker vergleichen Kreml-Bericht mit Forbes-Liste

US-Kongressabgeordnete sind enttäuscht, dass nach der Veröffentlichung des Kreml-Berichts keine Sanktionen folgten. Das Dokument an sich sei geringfügig.

Wie der Vize-Vorsitzende des Foreign Relations Committees im US-Senat, Ben Cardin, gegenüber der Agentur RIA Novosti sagte, werde der Geheimteil des Berichts, in dem Empfehlungen an den Kongress in Bezug auf mögliche neue Sanktionen gegen Russland enthalten sein sollen, nicht veröffentlicht. Das sei nicht erlaubt. Hinsichtlich einer möglichen Verhängung neuer Sanktionen sollen Cardin zufolge noch weitere Anhörungen durchgeführt werden.

Der Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses beim Repräsentantenhaus, Bradley Sherman, bezeichnete den Bericht seinerseits als „geringfügig“. Dies sei nur „ein Hinweis auf eine mögliche Verhängung von Sanktionen“. Es sei gar nicht so schwierig, eine solche Liste vorzubereiten.

„Schauen Sie, die Liste von Hauptpersonen der russischen Regierung ist für alle, die Ihre

Artikel lesen, zugänglich“, sagte Sherman gegenüber RIA Novosti. „Wie Sie auch wissen, veröffentlicht die Zeitschrift ‚Forbes‘ jedes Jahr eine Liste der reichsten Amerikaner und reichsten Menschen der Welt. Somit ist die Veröffentlichung einer Liste der reichsten und einflussreichsten Menschen das, was viele Medien stets machen.“

Somit sei dieser Bericht „geringfügig“. „Das ist nur ein Hinweis darauf, dass gegen jemanden aus der Liste irgendwann Sanktionen verhängt werden können. Wenn wir den Sanktionen ernsthaft gegenüberstünden, hätten wir diese Liste dann erstellt, wenn wir sie wirklich gebraucht hätten“, betonte der US-Politiker.

Am Vortag hatte das US-Finanzministerium den so genannten „Kreml-Bericht“ verbreitet. Darin sind 114 Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt.

Auf der Liste stehen unter anderem der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, der Chef der Kreml-Administration, Anton Waino, der Berater des russischen Staatschefs, Wladislaw Surkow. Betroffen sind auch Geschäftsleute wie Alischer Usmanow, Roman Abramowitsch, der Gründer des IT-Sicherheitsunternehmens Kaspersky Lab, Jewegeni Kasperski, der Chef des russischen Erdölkonzerns Rosneft, Igor Setschin, und Gazprom-Chef Alexej Miller.

Das US-Finanzministerium verwies darauf, dass der Bericht auch einen geheimen Teil habe, in dem es auch weitere Personen gebe, die aber niedrigere Ämter als jene bekleiden, die im bereits veröffentlichten Teil des Berichts erwähnt worden seien.

Dan-news.info: „Die pyrotechnischen Einheiten des Zivilschutzministeriums der DVR haben bis heute insgesamt 15.000 Hektar landwirtschaftlichen Boden untersucht“, teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

Insgesamt müssen noch mehr als 26.000 Hektar untersucht werden, um dort die Aussaatkampagne durchführen zu können. Am gefährlichsten sind die Territorien der Bezirke Jasinowataja, Nowoasowsk, Telmanowo sowie die Umgebung von Donezk, Gorlowka und Dokutschajewsk.

Sobald die Wetterbedingungen besser werden, werden die Arbeiten wieder aufgenommen.

34 Äcker mit einer Gesamtfläche von 7996,47 Hektar liegen direkt an der Kontaktlinie.

Dorthin können wegen der ständigen Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte keine pyrotechnischen Einheiten des Zivilschutzministeriums geschickt werden.

de.sputniknews.com: CAS hebt Olympia-Sperren für russische Athleten auf

Der Internationale Sportgerichtshof CAS hat die vom IOC verhängten lebenslangen Olympiasperren gegen 28 russische Wintersportler aufgehoben.

Der Sportgerichtshof gab zur Begründung an, keine individuellen Verstöße gegen Anti-Doping-Regeln feststellen zu können. In elf weiteren Fällen wurden laut einer CAS-Mitteilung Verstöße festgestellt und die Einsprüche nur teilweise bestätigt. Das bedeutet, dass diese Athleten für die Spiele in Pyeongchang weiterhin ausgeschlossen bleiben, ihre lebenslangen Sperren gelten nun aber ebenfalls als ungültig.

Die von den Athleten bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi erzielten Erfolge sind auch wieder gültig.

Insgesamt waren 42 russische Sportler vor den CAS gezogen. Es wurden zunächst allerdings nur 39 Fälle behandelt. Die der Biathletinnen Olga Saizewa, Jana Romanowa und Olga Wiluchina wurden vertagt. Die Gerichtsanhörungen verliefen nicht öffentlich.

Zuvor hatte das Internationale Olympische Komitee (IOC) vor dem Hintergrund des Doping-Skandals insgesamt 43 russische Athleten lebenslang für Olympia-Spiele gesperrt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31156/30/311563099.jpg>

de.sputniknews.com: Erst prüfen, dann vertrauen: Russland besorgt um sein diplomatisches Eigentum in USA

Russland ist nach wie vor um den Zustand des diplomatischen Eigentums der Russischen Föderation besorgt, zu dem die USA den Zugang gesperrt haben. Dies erklärte die russische Botschaft in Washington.

„Entgegen allen internationalen Verpflichtungen fahren die amerikanischen Behörden fort, gegen die Unantastbarkeit unseres diplomatischen Eigentums zu verstoßen, sie lassen dessen Unversehrtheit nicht prüfen. Eine solche amerikanische Position ist inakzeptabel. Die äußerste Besorgnis um den Zustand des russischen Eigentums bleibt bestehen“, heißt es in der Erklärung der diplomatischen Vertretung.

Wie aus der Botschaft ferner verlautete, wird die Weigerung, dem Botschafter Russlands Zugang zu den der Russischen Föderation gehörenden Gebäuden zu gewähren, durch nichts motiviert.

„Weder mit Logik noch mit dem gesunden Menschenverstand lassen sich die unfreundlichen Handlungen der USA erklären. Die Zusicherungen des Assistenten des US-Außenministers für diplomatische Sicherheit, Michael Evanoff, dass mit unserem diplomatischen Eigentum alles in Ordnung sei, wecken kein Vertrauen. Will man die Zweifel zerstreuen, dann muss man uns Zugang zu diesen Gebäuden gewähren. Auch in den besten Jahren ließ sich die amerikanische Seite von dem Prinzip ‚vertraue, aber prüfe‘ leiten (insbesondere unter Präsident R. Reagan). Jetzt heißt es, erst prüfen, dann vertrauen“, wird in der russischen Botschaft betont.

Am Mittwoch hatte der Assistent des US-Außenministers für diplomatische Sicherheit, Michael Evanoff, gegenüber RIA Novosti erklärt, dass die lokalen Rechtsschutzorgane der USA die geschlossenen russischen diplomatischen Objekte in voller Unantastbarkeit halten würden.

Anfang September 2017 waren die Gebäude des russischen Generalkonsulats in San Francisco, der Handelsvertretung in Washington und Räumlichkeiten der Handelsvertretung in New York auf Forderung des US-Außenministeriums der amerikanischen Seite übergeben worden. Das amerikanische Außenministerium hatte zuvor die Schließung des russischen Konsulats in San Francisco, des Gebäudes der Handelsvertretung in Washington und gemieteter Räumlichkeiten der Handelsvertretung in New York bis zum 2. September

gefordert. Dies geschah als Reaktion auf den russischen Vorschlag, die Anzahl der Mitarbeiter diplomatischer Missionen der USA in Russland zu reduzieren und mit der Mitarbeiterzahl russischer diplomatischer Vertretungen in den USA in Einklang zu bringen. Der Zugang in das Gebäude des Generalkonsulats ist seitdem für russische Diplomaten faktisch gesperrt.

[Ukrinform.ua: IWF nennt Voraussetzungen für weitere Kredittranchen](#)

Die Annahme des Antikorruptionsgesetzes, Marktpreise für Gas und Inflationsbekämpfung sind laut dem Vertreter des Internationalen Währungsfonds in der Ukraine, Goesta Ljungman, die Voraussetzungen für weitere Hilfstranchen für die Ukraine.

Ljungman sagte der Veranstaltung von European Business Association "Eba Global Outlook 2018: Think beyond. stay ahead" in Kiew: "Es gibt gewisse Auflagen, die erfüllt werden müssen." Er beurteilte in seiner Rede positiv die Anhebung des Leitzinses durch die Nationale Bank und eine Erhöhung der Devisenreserven auf 19 Milliarden US-Dollar. Die Reserven müssten mindestens 30 Milliarden US-Dollar betragen, um die Wirtschaft von äußeren Gefahren zu schützen. Ljungman rief weiter die Regierung auf, die Lohnerhöhung an die Entwicklung der Arbeitsproduktivität anzupassen. Die starken Lohnerhöhungen könnten das stabile Wachstum gefährden.

Die Nationalbank hofft 2018 auf die IWF-Tranche in Höhe von rund 2 Milliarden Dollar. Der Internationale Währungsfonds hatte der Ukraine schon 8,7 Milliarden Dollar ausgezahlt.

[de.sputniknews.com: Warum es immer weniger Ukrainer gibt](#)

Die Ukraine ist eines jener fünf Länder auf der Welt, deren Bevölkerung am schnellsten schrumpft. Dies geht aus einer Statistik der Vereinten Nationen hervor. Dass die Ukrainer massenweise in die EU auswandern, erschwert die Lage zusätzlich, sagen Experten im Gespräch mit RIA Novosti.

„Wir sind 52 Millionen“, verkündete in den 1990er Jahren eine Kampagne der ukrainischen Regierung. Was damals an den Stolz der Nation appellierte, hat heute längst an Aktualität verloren: Laut ukrainischem Statistikamt leben in der Ukraine heute zehn Millionen Menschen weniger.

Und diese Angaben dürften noch überzogen sein. Die letzte Volkszählung in der Ukraine fand 2001 statt. Zudem wird Kiew bezichtigt, die Bevölkerungszahlen absichtlich „nach oben zu korrigieren“ – der IWF-Kredite wegen.

Ebenso wie andere postsowjetische Länder hatte die Ukraine in den 1990er Jahren eine schwere demografische Krise durchgemacht. Im Unterschied zu Russland aber konnte die ukrainische Führung auch in den 2000er Jahren die Lage nicht stabilisieren.

Viktor Janukowitsch war es, der eine konsequente Politik zur Steigerung der Geburtenrate betrieben hatte. Diese Bemühungen hielten aber nicht lange an: Nach dem gewaltsamen Machtwechsel in Kiew hat die Ukraine schlicht kein Geld mehr, um Bevölkerungswachstum anzuregen.

Ein weiterer Grund für das Schrumpfen der ukrainischen Bevölkerung ist – und darin sind sich die Experten einig – die massenhafte Abwanderung der Ukrainer ins Ausland. Genaue Angaben zur ukrainischen Migration gibt es nicht.

Mindestens acht Millionen Menschen haben die Ukraine verlassen – so eine Einschätzung des ehemaligen ukrainischen Premiers Nikola Asarow. „Weder Libyen noch Syrien noch Afghanistan noch irgendein anderes vom Krieg zerrissenes Land kennt eine Abwanderung in solchem Ausmaß“, sagte er. Die Machthaber in Kiew stimmen dem nicht zu, nennen aber auch keine Zahlen.

Wie dem auch sei: Dass Millionen Menschen aus der Ukraine abwandern, dürfte feststehen. Noch vor der Einführung der Visafreiheit im Jahr 2017 hatten polnische Behörden rund 1,2 Millionen Ukrainer in ihrem Land gezählt. Weitere Hunderttausende sind auf der Suche nach

Verdienstmöglichkeiten nach Russland gegangen.

Die Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimat könnte die Lage etwas richten, sagt der Kiewer Politologe und Konfliktforscher Michail Pogrebinski:

„Ich bin davon überzeugt, dass die meisten von ihnen zurückkehren werden, weil sie in Europa in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Bei Russland sieht es aber anders aus. Wer aus dem Osten und Süden der Ukraine nach Russland ausgewandert ist, wird dort höchstwahrscheinlich für immer bleiben.“

Schockierende Daten führt der russische Soziologe Andrej Fomin an. Sieben Millionen Schüler hatte es 1995 in der Ukraine gegeben. Heute sind es rund die Hälfte – 3,7 Millionen, wie er errechnet hat. „Es wäre also keine Übertreibung, von einer echten demografischen Katastrophe zu sprechen“, so der Soziologe.

Und neueste Umfragen zeigen: Ein Drittel der Ukrainer denkt darüber nach, ins Ausland zu ziehen. Für die Nachbarländer ist das ein ernsthaftes Risiko: Gerade erst hat die EU die Flüchtlingskrise mehr oder weniger bewältigt, schon könnte die nächste Einwanderungswelle ins Haus stehen.

Die demografische Lage in der Ukraine zu ändern gelänge indes nur, wenn der Lebensstandrad dort verbessert würde. Die Voraussetzung dafür ist, den Kampfeinsatz ukrainischer Truppen im Donbass zu beenden und endlich auf die Konfrontation mit Russland zu verzichten. „Um das demografische Wiederaufleben der Ukraine in Gang zu setzen, muss das Land seine Beziehungen zu den Nachbarn normalisieren“, sagt der Kiewer Konfliktforscher Pogrebinski.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: In der DVR wird selbst unter Bedingungen der schwierigen militärisch-politischen Situation und der von der Ukraine organisierten ökonomischen Blockade den Fragen der Lohnzahlungen und der Tilgung von Lohnrückständen große Aufmerksamkeit gewidmet. Über die Ukraine kann man das einfach nicht sagen. Diese Auffassung vertrat heute die Arbeits- und Sozialministerin der DVR Larissa Tolstykina.

„Derzeit ist auf dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donezker Oblast ein Anwachsen der Lohnrückstände zu beobachten. In der DVR dagegen haben sich in den ökonomisch aktiven Unternehmen die Lohnrückstände seit der Registrierung der Unternehmen in der DVR verringert. Während zum Beispiel in den Städten des Donezker Oblast, die von der Ukraine kontrolliert werden, seit dem 1. Februar 2017 bis zum 1. Dezember 2017 die Lohnrückstände um 83,8% erhöht haben und 537,9 Mio. Griwna (oder 1.075,8 Mio. Rubel) betragen, so wurden sie in der DVR im analogen Zeitraum um 27,8% verringert und betragen 583,3 Mio. Rubel

Von der Gesamtsumme der Lohnrückstände ist ein großer Teil in den ökonomisch aktiven Industriebetrieben entstanden. Wenn man die ökonomisch aktiven Industriebetriebe der Republik mit denen des von der Ukraine kontrollierten Teils der Donezker Oblast vergleicht, kann man sehen, dass sich allein im November 2017 in der DVR die Schulden gegenüber den Industriearbeitern um 17,1 Mio. Rubel (4%) verringert haben, während in den von der Ukraine kontrollierten Städten des Donezker Oblast die Rückstände sich um 56,6 Mio. Griwna (15,8%) oder 113,2 Mio. Rubel vergrößert haben. Außerdem muss die negative Situation im Bereich der Beschäftigung in den Städten des Donezker Oblast, die von der Ukraine kontrolliert werden im Vergleich zur DVR genannt werden. Die mittlere Zahl von fest angestellten Arbeitern hat sich auf dem Territorium der DVR seit dem 1. Februar 2017 bis zum 1. Dezember 2017 um 5,4% erhöht (von 338.500 auf 357.000 Personen).

Die Zahl der fest angestellten Arbeiter in den von der Ukraine kontrollierten Städten des Donezker Oblast hat sich im analogen Zeitraum umgekehrt um 11,37% verringert (von 445.000 auf 395.000 Personen), was von einer Abwanderung von Arbeitskräften, der Verringerung von Arbeitsplätzen und einem Sinken des Beschäftigungsgrads der Bevölkerung auf dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donezker Oblast zeugt.

Uns ist es bereits gelungen, positive Ergebnisse im Bereich der Arbeit zu erzielen und mit dem Erreichten werden wir uns nicht zufrieden geben“, unterstrich die Ministerin.

de.sputniknews.com: Kreml-Sprecher zu CAS-Entscheidung über russische Sportler
Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat die jüngste Entscheidung des Internationalen Sportgerichts CAS über die Aufhebung der vom IOC verhängten lebenslangen Olympiasperren gegen 28 russische Wintersportler kommentiert.

„Wir haben mehrmals betont, dass die Unterstützung unserer Sportler bei jeglichen Schritten, die auf den Schutz ihrer Rechte gerichtet sind, fortgesetzt werden würde. Die jüngste Information über die CAS-Entscheidung hinsichtlich unserer Sportler bestätigt, dass das energische Vorgehen in Bezug auf die Verteidigung der Rechte auf dem Gerichtswege und in anderen Kategorien berechtigt ist, effektiv sein kann und auch fortgesetzt werden soll“, so Peskow.

Der Kreml freut sich ihm zufolge mit den russischen Athleten. „Ob sie an den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang teilnehmen können, weiß ich nicht. Das ist eine schwere Frage. Aber wie ich Ihnen (Journalisten – Anm. d. Red.) bereits mehrmals gesagt habe, werden die Kontakte zum Internationalen Olympischen Komitee (IOC) auf der Expertenebene weiter gepflegt und aufgrund dieser Kontakte wird nun geklärt, inwieweit die entstandene Situation ausgeglichen werden kann“, sagte er weiter.

Peskow betonte dabei, dass Russland „den friedlichen Kampf, den juristischen Kampf um Interessen und Rechte“ der russischen Sportler fortsetzen werde...

Dan-news.info: Die Verwaltung von Gorlowka plant eine Hotline für die Einwohner der von ukrainischen Truppen im November des letzten Jahres besetzten Ortschaften Gladosowo und Trawnewoje einzurichten. Dies teilte heute der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„Wir denken jetzt darüber nach, dass es notwendig ist, eine Hotline für die Einwohner von Gladosowo und Trawnewoje zu eröffnen. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich in schwierigen Situation zu jeder Tageszeit an uns zu wenden, weil das Leben in diesen Ortschaften nach ihrer Besetzung durch die ukrainische Seite nicht mehr sicher ist“, sagte er. Zuvor war mitgeteilt worden, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte den zivilen Verkehr in Richtung der von der Regierung der DVR kontrollierten Territorien beschränkt haben. Fußgängern war es lange Zeit erlaubt, die Frontlinie zu überschreiten. Jetzt aber ist nach den Worten Prichodkos ein vollständiges Verbot zu beobachten.

„Im ganzen ist die soziale und humanitäre Lage in den Ortschaften wie zuvor schwierig. Allen Einwohnern, die sich an uns um Hilfe wenden, versuchen wir maximal zu helfen, unter anderem durch Lebensmittel, Wohnraum, Beantragung von Sozialzahlungen“, sagte der Bürgermeister.

Eine aktive Position der OSZE und eine Rückkehr der russischen Offiziere in das GZKK könnte nach Meinung Prichodkos die Regelung der Situation unterstützen. Die Ortschaften Trawnewoje und Gladosowo in der Pufferzone waren am 22. November 2017 von ukrainischen Truppen besetzt worden.

de.sputniknews.com: Reverse-Maschine: Warum die Ukraine wieder russisches Gas kaufen will

Die ukrainische Ölfirma Naftogaz hat nach einigen Jahren Pause die Bereitschaft erklärt, bereits im ersten Quartal 2018 im minimalen Umfang Gaskäufe bei Gazprom wiederaufzunehmen, berichtet die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Diese Pläne haben großen Ärger in der ukrainischen Regierung ausgelöst. Die Frage ist, ob Kiew die Beziehungen zu Gazprom wiederbeleben kann und womit der Ukraine der innere Krieg um das Gas droht.

Die Gasbeziehungen zwischen Russland und der Ukraine stecken seit Ende 2015 in einer Sackgasse. Nach etlichen verbalen Schlagabtauschen stellte Gazprom die Lieferungen an die Ukraine ohne Vorauszahlung ein. Naftogaz verkündete daraufhin, dass es das Gas bei europäischen Lieferanten via ein so genanntes Reverse-Schema kaufen wird – und nie mehr bei Russland.

Mit der Zeit wurden die Reverse-Lieferungen die Hauptquelle der Gasversorgung der Ukraine. Die ukrainische Seite erklärte von Anfang an den Wunsch, Gas in Europa zu kaufen, zu angeblich günstigeren Preisen. Doch dieses Argument ist kaum begründet. Das russische Gas wurde für die Ukraine nur dann teurer, wenn sie nicht mehr die gültigen Abkommen einhielt, darunter bezüglich der Vorauszahlung. Es ist kein Geheimnis, dass die Ukraine in den letzten Jahren Gas bei europäischen Lieferanten durchschnittlich 30 bis 50 Dollar teurer kauft, als sie das bei Gazprom hätte tun können. Im Ergebnis bekommt zum Jahresende eine große Rechnung heraus – nicht unbedingt förderlich für die in der Krise steckende ukrainische Wirtschaft.

Wozu braucht die Ukraine das? Kiew bekam gerade für Reverse-Lieferungen Kredite: Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung stellte Kiew 300 Millionen Dollar für Reverse-Gaskäufe bereit.

Zudem befürchtete die Ukraine, dass Moskau die Vorauszahlungen für die Tilgung der Schulden nutzen könnte, falls Kiew wieder Gas in Russland kaufen würde. Darüber hinaus lief seit Sommer 2014 in Stockholm ein Strafprozess zwischen Gazprom und Naftogaz, was die Ukraine in eine doppeldeutige Situation brachte – Kiew meinte, dass der Gerichtsbeschluss nicht vorteilhaft für die Ukraine sein könnte, falls es weiter russisches Gas kaufen wird.

Damit war der Verzicht auf russisches Gas von Anfang an eine politische Position von Naftogaz und der Ukraine. Allerdings stellte sich die Frage – 2014 wurde das Reverse-Schema gestartet, um Geld zu sparen. Wie sieht der Wirtschaftseffekt nach zwei Jahren aus? Experten zufolge zahlte Naftogaz von Ende 2015 bis Ende 2017 eine bis 1,5 Milliarden Dollar mehr. Das ist der fiktive Preis für die „Gas-Unabhängigkeit“.

Der Beschluss des Schiedsgerichts der Handelskammer Stockholm von Ende Dezember änderte die Situation grundlegend. Das Gericht verpflichtete Naftogaz dazu, die ausstehenden Schulden zu begleichen und wieder Gas bei Gazprom zu kaufen, wie es im Vertrag steht. Doch zugleich wurde die Pflichtmenge des zu kaufenden russischen Gases auf vier bis fünf Milliarden Kubikmeter gesenkt. Es stellte sich plötzlich heraus, dass Naftogaz, das noch vor kurzem pompös die Jubiläen des Verzichts auf russisches Gas feierte, jetzt wieder bereit ist, russisches Gas zu kaufen – weil es einfach vorteilhaft ist.

Die Pflichtmenge von bis zu fünf Milliarden Kubikmetern Gas, die Naftogaz 2018 und 2019 bei Gazprom laut Gerichtsbeschluss kaufen muss, wird die Ukraine rund zehn Prozent weniger als die Reverse-Lieferungen kosten.

In der Ukraine ist damit jetzt ein „Gas-Paradoxon“ entstanden. Naftogaz tritt für die Wiederaufnahme der Gazprom-Gaslieferungen ein. Die ukrainische Regierung sowie das Energieministerium sind dagegen und billigen den Finanzplan für diese Käufe nicht. Die Wiederaufnahme der Gaslieferungen aus Russland ist nicht der einzige Aspekt eines ernsthaften Konfliktes zwischen Naftogaz und der ukrainischen Regierung. Das Ministerkabinett schloss Naftogaz plötzlich von Verhandlungen mit potentiellen Partnern zur Steuerung des Gastransportsystems der Ukraine aus. Zudem gab es im vergangenen Sommer

ein weiteres auffallendes Ereignis. Naftogaz gewann eine Klage gegen das Ministerkabinett bezüglich der Sonderverpflichtungen (Gasverkauf an aus dem Haushalt finanzierte Unternehmen zu einem unter dem Marktpreis liegenden Preis). Das Gericht verpflichtete die Regierung, Mittel für die Entschädigung dieser Ausgaben zu finden. Naftogaz schätzt seine Verluste auf 220 Milliarden Rubel für die Jahre 2015-2017 und auf weitere 400 Milliarden, falls die Regierung die Sonderverpflichtungen bis 2021 verlängert. Insgesamt sind das fast ein Drittel der ukrainischen Haushaltseinnahmen von 2018. Natürlich hat die Regierung dieses Geld für Naftogaz nicht. Deswegen bleibt diese Frage offen.

Dieses Finanzloch kann nur mit Einnahmen aus russischem Gastransit gedeckt werden, die in einigen Jahren nach dem Bau der Umleitungen ausfallen werden. Das will Naftogaz jetzt tun – weitere zwei bis drei Jahre mit der Erfüllung der EU-Forderungen zur Teilung der Firma nach Tätigkeitsbereichen zögern, völlig zu Marktpreisen übergehen und einen billigen Lieferanten finden.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite beschießt weiter das Territorium unserer Republik.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Auf die Gebiete der **sechs Ortschaften Trudowskije, Dokutschajewsk, Spartak, Shabitschewo, Jasinowataja und das Gebiet des Flughafens** wurden zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 36 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Beschossen wurden die Gebiete von **Schirokaja Balka, Oserjanowka, Werchnetorezkoje**. In den letzten 24 Stunden wurden zehn Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die militärische Führung zeigt mit all ihren Handlungen entweder ihr völliges Unvermögen bei der Leitung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte oder sie werden von Straflosigkeit und Mangel an Ehre bewegt, obwohl sich ein hochgestellter Gast aus Italien, der Vorsitzende der OSZE A. Alfano, im Donbass befindet.

Zuvor haben wir über die Vorbereitung provokativer Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade gesprochen, die das Ziel haben, die Streitkräfte der DVR zu beschuldigen. So ist es auch geschehen, Dokutschajewsk geriet unter Mörserbeschuss, es wurden von den ukrainischen Streitkräften 21 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Ein weiteres Mal rufen wir die Weltgemeinschaft auf, ihre ständige Aufmerksamkeit auf das Chaos und die zügellose Kriminalität zu richten, die in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte und der Führung der Ukraine im Ganzen herrschen.

de.sputniknews.com: Kiew fordert von Österreich Auslieferung von regierungskritischem Journalisten

Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine ist bereit, Österreich um die Auslieferung des Chefredakteurs des Webportals Strana.ua, Igor Guschwa, zu ersuchen, sobald er zur Fahndung ausgeschrieben und ein dahingehender Antrag eingereicht wird. Das sagte der stellvertretende Generalstaatsanwalt Jewgeni Jenin am Donnerstag.

Die Internet-Zeitung hatte am Mittwoch in einem Appell an den ukrainischen Präsidenten mitgeteilt, dass sich der Chefredakteur nach Österreich abgesetzt und dort um politisches Asyl ersucht habe. Grund hierfür sei „Ausübung von Druck durch die Behörden“.

Wie der Chefredakteur der regierungskritischen Webseite in einem Brief an die Leser

erläuterte, seien ihm am vergangenen Wochenende gewalttätige Abrechnung und Tod angedroht worden.

Guschwa war am 22. Juni in Kiew wegen Erpressungsverdachts festgenommen worden. Ihm wurde angelastet, Geld für die Nichtveröffentlichung kompromittierender Informationen über einen amtierenden Politiker gefordert zu haben. Er wurde am 26. Juni 2017 gegen die Zahlung einer Kaution von 544.000 Griwna (mehr als 15.700 Euro) freigelassen. Guschwa weist die Vorwürfe zurück und bezeichnet das Ganze als Provokation.

Er habe das Land legal verlassen, nachdem die gegen ihn gerichtliche angeordnete Unterbindungsmaßnahme abgelaufen sei, so Guschwa.

Die österreichischen Behörden sollen dem Journalisten bereits eine Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt haben.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-02/thumbs/1517474686_unian_784064_1_id16253_650x410_5_650x410.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowka und Logwinowo**. Bei dem Beschuss haben die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfer verschiedener Art verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 80 Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

Die Kiewer Truppen konzentrieren weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie. Es wurde die Verlagerung eines Mörserzugs der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje zur Einnahme von provisorischen Feuerpositionen bemerkt.

Es wurde die Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen des 109. Bataillons der 10. Gebirgstrumbbrigade der ukrainischen Streitkräfte im

Gebiet von Katerinowka festgestellt.

Auf die Positionen des 108. Bataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoswanowka und auf die Positionen des 2. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Troizkoje wird Material geliefert.

Diese Tatsachen zeugen von der Absicht der ukrainischen Seite, weiterhin die Minsker Vereinbarungen zu verletzen.

Am 28. Januar gegen 7 Uhr morgens entstand im Gebiet von Luganskoje in einem Unterstand eines Zugstützpunktes der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte ein Brand, was dazu führte, dass ein Soldat schwere Brandverletzungen erlitt, Waffen, militärisches und persönliches Eigentum der Soldaten beschädigt wurden.

Am 30. Januar erfolgte ein analoger Fall. In einer der Einheiten der 58.

Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte entstand auch ein Brand, in der Folge wurde militärisches Material und persönliche Sachen der Soldaten beschädigt. Informationen über Verletzte liegen nicht vor.

Vermutlich sind Verstöße gegen Brandschutzregeln beim Betrieb von Öfen Ursache der Brände.

Der Koordinator der Kontaktgruppe von der OSZE Martin Sajdik hat im Ergebnis der Sitzung in Minsk mitgeteilt, dass die ukrainische Seite erklärt hat, dass eine Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt der Kontaktlinie im Gebiet vom Staniza Luganskaja am 1. oder 2. Februar möglich ist.

Wenn man es ironisch sagen will, so haben wir das irgendwo schon mal gehört, buchstäblich am 18. Januar. Und wenn wir ernsthaft reden, so enden alle Verhandlungen in Minsk mit Vereinbarungen über einen Abzug von Kräften und Mitteln am Abschnitt Nr. 1 „Staniza Luganskaja“ und dann warten wir bis zu den nächsten Verhandlungen auf eine offizielle Bestätigung aus Kiew...

Dass wir zu einer Trennung in spiegelbildlicher Weise bereit sind, haben wir mehrfach bestätigt und das haben die internationalen Beobachter festgehalten.

In der LVR gibt es keinerlei Mobilisierung.

Vorladungen an die männliche Bevölkerung der Republik erfolgen in Zusammenhang mit der Fortführung der geplanten Übungen mit Bürgern, die sich in der Reserve befinden und die als Personal für Reserveformationen der Volksmiliz vorgesehen sind. Wie zuvor schon gesagt wurde, sind das planmäßige Übungen, es gibt keinen Grund zu Beunruhigung.

de.sputniknews.com: Deutschland macht Gazprom großzügiges ukrainisches Geschenk
Das ukrainische Gastransportnetz ist ab 2019 offenkundig nichts als ein Haufen Schrott. Denn: Wegen einer Entscheidung in Deutschland bleibt den Gegnern von Nord Stream 2 immer weniger Zeit, das Projekt zu kippen. Der Wirtschaftsjournalist Iwan Danilow, Autor des Blogs „Crimson Alter“, hat die jüngste Entwicklung um die Ostseepipeline analysiert. Die letzte Hürde für Nord Stream 2 ist es zwar nicht, eine klare Geste der deutschen Behörden zugunsten der geplanten Ostseepipeline aber schon: Das Bergamt Stralsund hat den Bau und Betrieb von Nord Stream 2 über 55 Kilometer im deutschen Küstenmeer für zulässig erklärt, berichten deutsche Medien mit Verweis auf das zuständige Ministerium.

Diese Geste erfolgte, schreibt der Fachjournalist Danilow, ungeachtet aller Anstrengungen der USA, Polens und der Ukraine, das Projekt zu stoppen. Der Chef des ukrainischen Gasnetzbetreibers Naftogaz, Andrej Kobolew, schrieb daraufhin bei Facebook, die Entscheidung der deutschen Behörde sei ein Weckruf: „Der Ukraine bleibt sehr wenig Zeit, um zu handeln.“

Das sei ja wohl eine glatte Untertreibung, schreibt der Fachjournalist: Die Teilgenehmigung sei kein „Weckruf“, sondern vielmehr „eine Alarmsirene“, die davor warnt, dass „drei Milliarden US-Dollar pro Jahr nun an der Ukraine vorbeigehen werden – so viel nämlich verdient das Land derzeit am Transit von russischem Gas.“

Besonders mutig, fast schon provokativ sei diese Entscheidung der deutschen Behörde, weil in den USA ja gerade erst eine „Kreml-Liste“ veröffentlicht wurde, schreibt Danilow. Dieses Papier soll russische Politiker und Konzernchefs an den Pranger stellen, sie für die westlichen Geschäftsleute zu gefährlichen, geradezu „toxischen“ Partnern erklären. „Niemand im Westen soll es wagen, mit diesen Leuten Kontakte zu pflegen – allein schon aus Angst, selbst unter die Sanktionsräder der US-Justiz zu geraten, die für ihre exterritoriale Dreistigkeit berühmt ist“, so der Analyst.

Auch Gazprom-Chef Alexej Miller taucht in jener Liste auf – auf Platz 96. Statt aber nun alle Kontakte zum russischen Gaskonzern abzubrechen, entschließt sich die deutsche Führung, einen weiteren wichtigen Schritt zur Unterstützung von Nord Stream 2 zu machen, betont der Journalist: „Als klares Zeichen dafür, wie beschränkt die Reichweite US-amerikanischer Listen ist.“

Dabei hatte doch der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki bei seinem Treffen mit dem US-Außenminister Rex Tillerson darum gebeten, die Ostseepipeline Nord Stream 2 unter US-Sanktionen zu stellen. Tillerson nutzte die Gelegenheit und erinnerte sogleich daran, dass die US-Energiefirmen alle nötigen Ressourcen hätten, um „Polen auf dem Weg zur Energiesicherheit“ zu unterstützen.

Übersetzt man diese Erklärung aus dem Diplomatensprech ins Deutsche, heißt das: „Gebeten hat der polnische Regierungschef den US-Außenminister um Sanktionen. Was er erhält, ist nur der Hinweis, dass Polen statt dem günstigen russischen Gas teures Flüssiggas aus den USA kaufen müssen“, erklärt der Journalist.

Besonders brisant: „Dass das russische Flüssiggaswerk Jamal-SPG den Betrieb aufgenommen hat, eröffnet den US-Amerikanern schier grenzenlose Möglichkeiten. Sie können jetzt günstigeres Flüssiggas in Russland einkaufen, um ihre eigenen Flüssiggasmengen für den Verkauf an jene Länder freizubekommen, die dessen höheren Preis aus politischen Gründen nicht ablehnen werden“, schreibt Danilow.

Hätten die USA Sanktionen gegen die europäischen Partner von Gazprom und ihr gemeinsames Projekt Nord Stream 2 verhängen können, ohne Gegenmaßnahmen fürchten zu müssen, sie hätten es längst getan, schreibt der Journalist weiter.

Deutschland aber hatte mit solchen Gegenmaßnahmen gedroht. Ein Verbot von Flüssiggaslieferungen aus den USA nach Europa hätte sicherlich dazu gehört. Dass die USA es vorziehen, ihr Gas „den europäischen Vasallen“ zu verkaufen, statt ihre Energiekonzerne der Gefahr von Gegensanktionen auszusetzen und ihnen den europäischen Gasmarkt zu versperren, sei naheliegend, so Danilow.

Dennoch wäre es verfrüht, davon auszugehen, dass Nord Stream 2 hundertprozentig zu Ende gebaut wird, mahnt der Journalist. Allerdings bleibe den Gegnern des Projekts immer weniger Zeit, um es zu verhindern.

Es sei zu erwarten, dass die neue Ostseepipeline im ersten Quartal dieses Jahres alle erforderlichen Genehmigungen erhalten wird. Dann werde nur die EU-Kommission das Projekt kippen können – und auch nur, wenn Deutschland seine Meinung plötzlich ändern sollte.

Die europäischen Energieriesen scheinen jedenfalls keine Zweifel an der Umsetzung von Nord Stream 2 zu haben: Ohne Namen von Firmen und Managern zu verraten, sagte Gazproms Vize-Vorstand Alexander Medwedew: „Wir haben unseren Partnern die Möglichkeit angeboten, den Gastransit über die Ukraine auch nach 2019 beizubehalten, was sie allesamt dankend abgelehnt haben. Sie wollen russisches Gas an einem neuen Punkt erhalten.“

Dan-news.info: „Heute um 9:45 haben ukrainische Truppen das Feuer auf ein Industriegebiet von Dokutschajewsk eröffnet. Unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte geriet die erdölverarbeitende Fabrik in der Industrialnaja-Straße 36. Es wurde Ausrüstung,

Wärmetauscher, eine Erdölleitung, die Verschalung eines Behälter zur Lagerung von Erdölprodukten beschädigt“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Außerdem wurde durch das Feuer der ukrainischen Truppen ein Wohnhaus in der Industrialnaja-Straße 2a beschädigt. Informationen über Verletzte werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Flucht nach Österreich einzige Rettung? Fast 70 Journalisten in Ukraine getötet

Mit seiner spektakulären Flucht nach Österreich will Igor Guschwa (43) sein Leben gerettet haben. Aus Wien erhebt der Kiewer Journalist nun schwere Vorwürfe gegen den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Eine lange Liste von Todesopfern zeigt, wie gefährlich Regierungskritiker in der unabhängigen Ukraine leben.

Für den Chefredakteur der regierungskritischen Onlinezeitung Strana.ru war die Flucht in die EU nach seiner eigenen Darstellung die einzige Möglichkeit, sein Leben zu retten: Er habe in der letzten Zeit wiederholt Morddrohungen erhalten. Die Polizei habe auf seine Anzeigen nicht reagiert.

Asyl in Österreich beantragt

Am Mittwoch wurde bekannt, dass sich Guschwa nach Österreich abgesetzt und dort Asyl beantragt hat. Als Gründe gab der 43-Jährige „Druck seitens der Regierung“ und anonyme Morddrohungen an.

Guschwa war im Juni wegen Verdachts auf Erpressung festgenommen worden, kam jedoch gegen Kaution für die Zeit der Ermittlung frei. Der Journalist beteuert seine Unschuld.

„In der Ukraine kann ich nicht mit einem fairen Verfahren rechnen. Ich kann nicht damit rechnen, dass meine Rechte und Freiheiten verteidigt und mein Leben geschützt wird“, argumentiert der Chefredakteur. Er habe sich für Österreich als Zufluchtsort entschieden, „weil dieses Land neutral ist und keinem Militärblock angehört.“

Ob Österreich Guschwas Asylbegehren entsprechen wird, ist noch unklar. Die ukrainische Staatsanwaltschaft schloss bereits nicht aus, die Auslieferung des Journalisten zu fordern.

Präsident nennt seine Kritiker „Staatsfeinde“

Der Flüchtige behauptet: Der ukrainische Sicherheitsratschef Alexander Turtschinow habe einen fiktiven Prozess gegen ihn organisieren lassen, um ihn ins Gefängnis zu stecken. Staatschef Petro Poroschenko soll persönlich seinen Segen dafür gegeben haben.

Dieser Vorwurf scheint nicht völlig absurd zu sein: Präsident Poroschenko reagiert äußerst empfindlich auf Kritik, selbst dann, wenn sie von westlichen Medien kommt. Neun Monate nach seinem Wahlsieg hatte Poroschenko diejenigen Journalisten, die seine Entscheidungen kritisieren, als „Staatsfeinde“ abgestempelt und den Geheimdienst SBU unmissverständlich beauftragt, gegen sie vorzugehen.

Regimekritiker leben gefährlich

Nach dem jüngsten Prozess gegen Reporter Wassili Murawizki, der bei Ausübung seines Berufes wegen Staatsverrat und Terrorismus angeklagt wurde, warnte auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, dass kritische Massenmedien und Aktivisten in der heutigen Ukraine „ununterbrochen durch Regierung und paramilitärische Gruppen unter Druck gesetzt werden, die sie einschüchtern und mundtot machen wollen“.

In der Tat: Seit der Unabhängigkeit der Ukraine vor mehr als 26 Jahren sind in dieser ehemaligen Sowjetrepublik fast 70 Medienleute unnatürlichen Todes gestorben. Hier ist die Liste der spektakulärsten Anschläge, die am meisten Aufsehen erregten.

Wadim Bojko, gesprengt

Der 30-jährige Fernsehjournalist kommt am 14. Februar 1992 in seiner Wohnung in Kiew durch eine heftige Explosion und einen schweren Brand ums Leben. Der amtlichen Darstellung, der Fernseher sei explodiert, schenken Bojkos Kollegen keinen Glauben. Georgi Gongadse, erwürgt

Der Gründer der oppositionellen Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ wird am 16. September 2000 entführt. Einen Monat später wird die enthauptete Leiche des 31-Jährigen in einem Waldgebiet bei Kiew entdeckt. Ein hoher Mitarbeiter des Kiewer Innenministeriums bekennt sich zu der Tat, die vom damaligen Innenminister Juri Krawtschenko befohlen worden sein soll.

Igor Alexandrow, zu Tode geprügelt

Der 45-jährige Direktor der Fernsehgesellschaft Tor wird im Juli 2001 im eigenen Büro in Slawjansk mit Baseballschlägern zu Tode geschlagen. Alexandrow hatte zur Korruption recherchiert.

Korneljuk und Woloschin

Igor Korneljuk und Anton Woloschin kommen im Juni 2014 bei Lugansk ums Leben. Das Kiew-treue Nationalistenbataillon Ajdar soll das Fernsehteam aus Russland gezielt mit Minen beschossen haben.

Andrej Stenin

Der Fotokorrespondent kommt im August 2014 während eines Berufseinsatzes in der Ostukraine unter ungeklärten Umständen ums Leben. Nach russischen Angaben wurde der 33-Jährige durch den ukrainischen Geheimdienst SBU entführt. Die ukrainische Regierung bestreitet das.

Olga Moros

Die Chefredakteurin der Zeitung „Neteschinski Westnik“ wird am 15. März in ihrer Wohnung in der Stadt Neteschin mit gebrochenem Schädel tot aufgefunden. Aus der Wohnung verschwanden ein Notebook der Journalistin und Datenspeicher mit Recherchen.

Oles Busina

Der 45-jährige Buchautor, Journalist und TV-Moderator wird am 16. April 2015 vor seinem Haus in Kiew erschossen. Die beiden Tatverdächtigen werden Ende 2015 aus der Untersuchungshaft entlassen und unter Hausarrest gestellt.

Pawel Scheremet

Der namhafte Journalist wird am 20. Juni 2016 im Stadtkern von Kiew in seinem Auto in die Luft gesprengt. Der in Weißrussland geborene Scheremet war zuerst in Weißrussland und Russland als Journalist und Moderator tätig. 2011 zog er nach Kiew um, um für ukrainische Medien zu arbeiten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31160/21/311602164.jpg>

Dnr-online.ru: In der DVR beginnt 2018 die Realisierung eines komplexen Programms zum Einsparen von Trinkwasser und zur Optimierung des Wasserversorgungsnetzes. Dies berichtete gegenüber Journalisten der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew.

„Probleme mit der Wasserversorgung gibt es noch sehr viele. Wir sehen sie und kennen sie. Denn die Oblaste Donezk und Lugansk waren in der ehemaligen Ukraine diejenigen mit dem wenigsten Wasser. Damals wurde der Wasserwirtschaft sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Deshalb gibt es in diesem Bereich einen sehr großen Verschleiß der Netze. Für dieses Jahr haben wir Maßnahmen zur Einschränkung der Verluste an Trinkwasser und zur Optimierung der verteilenden Wasserversorgungsnetze ausgearbeitet. In erster Linie werden sie auf die Einschränkung des Verlustes an Trinkwasser gerichtet sein. Es handelt sich um Austausch und Reparatur des Wasserversorgungsnetzes, den Austausch der Verschlussausrüstung. Wir hoffen, dass diese Aufgaben, die vor uns stehen, erfolgreich ausgeführt werden“, berichtete er.

Witalij Kishajew teilte mit, dass in diesem Jahr die Lösung der Probleme mit der Wasserversorgung einiger Ortschaften im Bereich der Städte Sneshnoje, Schachtjorsk und im Starobeschewskij-Bezirk geplant ist. Als Beispiel für eine positive Lösung einer solchen Frage nannte er das Dorf Nowosarjewka im Starobeschewskij-Bezirk, wo die Einwohner zehn Jahr lang kein Wasser gesehen haben und im letzten Jahr die Frage der Wasserversorgung gelöst wurde.

Der stellvertretende Minister dankte auch der Bevölkerung der Republik, die das verbrauchte Wasser rechtzeitig bezahlt.

de.sputniknews.com: Moskau warnt vor weltweiter „Jagd auf Russen“

Das Außenministerium in Moskau hat am Donnerstag die russischen Bürger vor US-Geheimdiensten gewarnt: Diese setzen laut der Behörde ihre „Jagd“ auf Russen fort. Ungeachtet der Versuche, eine Zusammenarbeit mit den USA aufgrund des abgeschlossenen Abkommens über gegenseitige rechtliche Hilfe bei Strafverfahren aufzubauen, setzen die US-amerikanischen Geheimdienste faktisch ihre Jagd auf Russen weltweit fort, hieß es in der Pressemitteilung des Ministeriums.

„Die Zahl solcher Fälle liegt schon bei 40. Allein im Jahr 2017 wurden im Ausland auf Anfrage Washingtons mehr als zehn russische Bürger festgenommen“, hieß es weiter. Bei den Ländern, in denen russische Bürger festgenommen wurden, handle es sich um Spanien, Lettland, Kanada und Griechenland. Bei der Auslieferung an die USA erleben die russischen Bürger Voreingenommenheit seitens des US-Gerichtssystems, heißt es weiter. Die Behörde empfiehlt deshalb russischen Bürgern, bei der Planung von Auslandsreisen alle Risiken gründlich abzuwägen. „Insbesondere wenn es Gründe zu der Annahme gibt, dass die Justizbehörden der USA irgendwelche Vorwürfe gegen Sie haben.“ Die Ausreisenden sollten sich daher mit der Liste der Länder vertraut machen, die mit Washington ein Auslieferungsabkommen abgeschlossen hätten.

Mptdnr.ru: Am 31. Januar haben Spezialisten des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR sowie Vertreter republikanischer Industrieunternehmen die LVR besucht.

An dem Besuch nahmen der Minister für Industrie und Handel der LVR Dmitrij Boshitsch, der Direktor des Referats für Industrie des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR Ruslan Nong, der Leiter der Abteilung für Maschinenbau Alexandr Nakonetschnyj, Vertreter des staatlichen Unternehmen „Donezker elektrotechnische Fabrik“ sowie Spezialisten der Fabrik „Lugomasch“ teil.

„Unsere Republiken verfügen über ein einmaliges industrielles und wissenschaftliches Potential. Und eine der grundlegenden Aufgaben, die vor uns steht, ist die Wiederaufnahme

der früher bestehenden industriellen und Handelsverbindungen. Heute sprechen wir von der Organisation engerer industrieller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den großen Industrieunternehmen der Republiken. Die gemeinsame Arbeit wird es erlauben, die industriellen Möglichkeiten unserer Unternehmen in vollem Maße zu realisieren“, sagte Ruslan Nong.

Während der Besuchs führten die Vertreter der Donezker elektrotechnischen Fabrik Konsultationen mit Spezialisten der GmbH „Lugomasch“ zu Fragen der Produktion und Modernisierung von Straßenbahnen durch.

„Zur Gewährleistung der gemeinsamen Aktivität unserer Unternehmen im Bereich der Industrie kann eine der Arten der Zusammenarbeit die Schaffung von Arbeitsgruppen der LVR und der DVR sein. Diese Form der Arbeit wird es erlauben, die aufkommenden Fragen effektiver zu lösen und wird eine operative Zusammenarbeit zwischen den Fachspezialisten ermöglichen“, sagte der Minister für Industrie und Handel der LVR Dmitrij Boshitsch.

Abends:

ukrinform.ua: Polnisches Gesetz verbietet Leugnung „der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“

Der polnische Senat hat das Gesetz gegen die Leugnung „der Verbrechen der ukrainischen Nationalisten“ verabschiedet. Wer diese „Verbrechen“ gegen polnische Bevölkerung leugnet, macht sich strafbar.

Das Gesetz wurde mit 57 Ja- und 23 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Für den Gesetzentwurf stimmten vor allem Senatoren der Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS). Am 26. Januar verabschiedete dieses Gesetz das polnische Unterhaus, der Sejm. Das ukrainische Außenministerium hatte seine tiefe Besorgnis darüber geäußert und Polen zur Offenheit und Konstruktivität bei der weiteren Entwicklung bilateraler Beziehungen aufgerufen.

Das polnische Gesetz stellt auch den Begriff "polnische Todeslager" unter Strafe, was heftige Kritik aus Israel zur Folge hatte. Die Regierung in Jerusalem befürchtet, dass dieses Gesetz zur Verschleierung polnischer Verbrechen an Juden während des Holocaust beitragen könne.

de.sputniknews.com: Verbot von „Bandera-Ideologie“: Poroschenko „zutiefst besorgt“ über polnisches Gesetz

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Donnerstag auf Facebook seine Besorgnis über die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken durch das polnische Parlament ausgedrückt. Das Gesetz sieht unter anderem vor, die „Bandera-Ideologie“ unter Strafe zu stellen.

„Ich bin zutiefst besorgt über den Beschluss des polnischen Parlaments. Die historische Wahrheit erfordert ein offenes Gespräch und einen Dialog, aber keine Verbote. Die Prädikate, die diese Entscheidung enthält, sind absolut unsachlich und grundsätzlich inakzeptabel“, schrieb der ukrainische Staatschef.

Ihm zufolge entspricht das verabschiedete Gesetz nicht den Grundsätzen der strategischen Partnerschaft zwischen Kiew und Warschau. „Ich rufe Polen zu Objektivität und Dialog auf. Nur zusammen siegen wir“, so Poroschenko.

„Wir behalten vor allem unsere gemeinsamen Siege und den Kampf gegen totalitäre Regimes im Gedächtnis. Keine politische Entscheidung kann die historische Wahrheit ersetzen“, fügte der Präsident hinzu.

Der polnische Senat (Parlamentsoberhaus) hatte am Mittwoch ein Gesetz über das Institut für

Nationales Gedenken verabschiedet, das unter anderem eine strafrechtliche Verfolgung für die Leugnung der Beteiligung von ukrainischen Nationalisten und Mitgliedern ukrainischer Organisationen, die mit dem Dritten Reich zusammenarbeiteten, an den Verbrechen gegen Polen im Zeitraum von 1925 bis 1950 vorsieht. Beschuldigten droht eine Geld- bzw. Haftstrafe bis zu drei Jahren. Das Parlamentsunterhaus – der Sejm – hatte das Gesetz am 26. Januar verabschiedet.

Den Gesetzentwurf über ein Verbot der „Bandera-Ideologie“ hatte die polnische Bewegung Kukiz'15 vor über einem Jahr vorgelegt, seitdem lag er auf Eis. Die Erörterung des Dokuments war für November 2017 anberaumt, wurde jedoch kurzerhand von der Tagesordnung gekommen. Inoffiziellen Informationen zufolge wollten die polnischen Behörden mit diesem Schritt es verhindern, dass sich die Beziehungen zwischen Warschau und Kiew am Vorabend des Ukraine-Besuchs von Polens Präsident Andrzej Duda verkomplizierten.

In letzter Zeit sind die Beziehungen zwischen Kiew und Warschau wegen der Unstimmigkeiten in historischen Fragen angespannt. Nach der Version der polnischen Seite wurden in den Jahren 1943 bis 1945 von Anhängern der Ukrainischen Aufständischen Armee (OUN-UPA) Massenmorde an der polnischen Bevölkerung in Wolhynien verübt. Polen spricht von einem Genozid und verurteilt deshalb die Heroisierung der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) durch Kiew.

Die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten während dieser Zeit werden als ethnische Säuberungen gewertet. Dabei wurden fast 100.000 Polen ermordet.

Stepan Bandera (1909-1959) hatte an der Wiege der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gestanden. Am 14. Oktober 1942 wurde auf Beschluss der OUN die „Ukrainische Aufstandsarmee“ (UPA) als deren Militäram ins Leben gerufen. Die beiden Nationalistenorganisationen hatten im Zweiten Weltkrieg in der Westukraine zuerst gegen die Wehrmacht und dann gegen die Sowjetarmee und andere Staaten der Anti-Hitler-Koalition gekämpft.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31603/51/316035150.jpg>